

# aus dem Nationalrat



**Prisca  
Birrer-Heimo**  
SP, Rothenburg

Während Luzern im närrischen Treiben versinkt, geht die politische Arbeit in Bern weiter. In den letzten Kommissionssitzungen vor der Frühlingsession, die am 27. Februar beginnt, werden

## Recht wieder herstellen

noch einige Geschäfte für die anstehenden Parlamentsberatungen aufbereitet. Da geht es unter anderem um parlamentarische Vorstösse für eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Soll die Schweiz auf Gesuch einer ausländischen Regierung eine Ausnahme von der Nichtwiederausfuhr-Erklärung für Kriegsmaterial machen wie im Fall des Überfalls Russlands auf die Uk-

raine? Demnach dürften beispielsweise Deutschland, Spanien oder Dänemark die in der Schweiz produzierten Waffen oder die Munition an die Ukraine liefern, obwohl sie sich für die Nichtwiederausfuhr verpflichtet haben?

Seit einem Jahr führt Russland diesen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine, vernichtet Menschenleben und zerstört systematisch Infrastrukturen. Dieser Krieg hat Europa massgeblich verändert und ist auch eine grosse Gefahr für die Demokratie. Die SP-Fraktion hat an ihren sessionsvorbereitenden Sitzungen vom letzten Freitag und Samstag intensiv und kontrovers darüber diskutiert. Aus all den Diskussionen und dem Abwägen von verschiedenen Argumenten ist für mich klar geworden: Diese massive Verletzung des Gewaltverbotes in der UNO-Charta (von über 190 Mitgliedstaaten beschlossen) durch Russland erfordert konsequentes Handeln der gesamten internationalen Gemeinschaft, auch der Schweiz. Die Wiederherstellung des Rechts, der kollektiven Sicherheit, ist ein Gebot der Stunde und völkerrechts- und neutralitätskonform. Das Parlament hat es nun in der Hand, nebst der humanitären Hilfe, nebst der Übernahme und

Durchsetzung von Sanktionen, mit einer sorgfältig ausformulierten Gesetzesänderung einen weiteren solidarischen Beitrag zur Bekämpfung dieses schrecklichen Krieges zu leisten.

Nicht nur wichtige sicherheitspolitische Geschäfte stehen auf der Traktandenliste der Frühlingsession. Der Krieg in der Ukraine hat uns auch deutlich vor Augen geführt, wie gefährlich die Abhängigkeiten von Erdöl und Gas sind. Mit dem Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien soll der Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energien sowie die Versorgungssicherheit der Schweiz gestärkt werden. Nach langen Diskussionen im Ständerat befasst sich die zuständige nationalrätliche Kommission in dieser Woche ein drittes Mal mit diesem Geschäft, damit die Vorlage in der Frühlingsession noch beraten werden kann.

Es braucht eine nachhaltige Energiepolitik mit dem Umsteigen auf erneuerbare Energien und mit Massnahmen für mehr Energieeffizienz. Das ist für die Erreichung der Klimaschutzziele unerlässlich und schont auch unser Portemonnaie. Angesichts der steigenden

Energiekosten ist das für viele Haushalte vordringlich.

### Kaufkraft stärken

Die Kaufkraft der Haushalte wird jedoch nicht nur durch höhere Energiekosten und generell steigende Preise geschmälert, auch die hohen Krankenkassenprämien belasten viele Haushaltsbudgets. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur SP-Prämienentlastungsinitiative hat der Nationalrat den Handlungsbedarf klar anerkannt und im vergangenen Herbst einen tauglichen Kompromiss vorgeschlagen. Leider hat der Ständerat in der Folge nur schon das Eintreten auf die Vorlage und damit eine Diskussion um Lösungsvorschläge verweigert. Der Nationalrat befasst sich in der kommenden Session erneut mit dem Geschäft.

Die zuständige Kommission hält am Beschluss fest und weist darauf hin, dass die Belastung für die Haushalte nach der jüngsten starken Prämienhöhung noch gestiegen sei. Gleichzeitig habe ein Teil der Kantone in den vergangenen Jahren ihre Verantwortung nicht wahrgenommen und entsprechende Mittel für Prämienverbilligung ausgeben. Dazu gehört leider auch der

Kanton Luzern, der erst aufgrund eines Bundesgerichtsurteils seine unhaltbare Praxis geändert hat. Das langjährige Engagement der SP für eine wirksame Entlastung bei den Krankenkassenprämien war und ist immer noch nötig – sowohl auf Kantons- wie auch auf Bundesebene.

### Luzern vernetzen

Langen Atem braucht es auch für den Durchgangsbahnhof Luzern (DBL). In der Wintersession 2022 haben verschiedene Zentralschweizer Parlamentsmitglieder Vorstösse zum DBL eingereicht, um den Druck auf Bern zu erhöhen und Klarheit zu schaffen. Zu viele Anzeichen deuten auf eine Verzögerung des wichtigen Projektes hin und lassen die Alarmglocken läuten. Für die Zentralschweizer Bevölkerung und Wirtschaft ist dieser langersehnte Quantensprung im ÖV von grösster Bedeutung. Leider bestätigen die Antworten des Bundesrates auf die verschiedenen Vorstösse die Befürchtungen: In Bern wird die Dringlichkeit des DBL Luzern plötzlich nicht mehr so hoch eingestuft. Nun ist es entscheidend, dass die ganze Zentralschweiz zusammensteht und kämpft – wir lassen uns nicht abhängen und wollen endlich auch zum Zuge kommen!